Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf • Nr 598 • B 296 FREITAG, 19. DEZEMBER 1930 ABEND-AUSGABE • V

Große Mehrheit für Braun

Deutschnationale Mißtrauensanträge mit 224 gegen 182 Stimmen abgelehnt

Im Preußischen Landtag wurden die deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen den Ministerpräsidenten Braun und den Innenminister Severing mit 224 gegen 182 Stimmen abgelehnt. An der namentlichen Abstimmung beteiligten sich 408 Abgeordnete. Zwei davon haben sich der Stimme enthalten, so daß nur 406 Stimmen gültig waren. Das Ergebnis wurde mit Pfuirufen von der äußersten Rechten und Linken aufgenommen, die aber von dem stürmischen Beifall der Regierungsparteien übertönt wurden.

Bei der Fortsetzung der ersten Lesung des Etats — der Landtag geht heute in die Ferien und vertagt die Entscheidung über den Vertrag mit der Volksbühne — setzte sich **Finanzminister Höpker-Aschoff** mit nationalsozialistischen Vorschlägen zur Finanzsanierung auseinander. Ich fürchte, so sagte er, das nationalsozialistische Sanierungsrezept würde sich auch bei einem späteren Siege der Nationalsozialisten als wirkungslos erweisen, denn bei der von ihnen verlangten Verstaatlichung der Banken würde sich zeigen, daß der größte Teil des Kapitals gar nicht den Banken gehört.

Das nationalsozialistische Programm ist nur eine Irreführung der Leute, die von finanzwirtschaftlichen Dingen nichts verstehen. Es ist auch ganz falsch, daß der Staat durch die Aufnahme von Anleihen in die Abhängigkeit von den Banken geriete. Würde man aber das von den Nationalsozialisten empfohlene System der Staatsgutscheine durchführen, so würden wir noch einmal eine furchtbare Inflation mit allen ihren Schrecken erleben.

Warum wendet sich denn die thüringische Regierung, auf die die Nationalsozialisten maßgebenden Einfluß haben, hilfesuchend an die Banken? Warum gibt sie nicht Staatsgutscheine aus? (Sehr gut!) **Wahrlich liegt es in Braunschweig. Wo die Nationalsozialisten die Möglichkeit zur Erprobung ihres Programms gehabt hätten, haben sie kläglich versagt.**

Die Ablehnung des ganzen Reformplans der Reichsregierung läßt sich aber auch vom Standpunkt der Gegner des Young-Plans aus nicht verantworten. Selbst wenn wir gar keine Reparationslast zu tragen hätten, hätten wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, unserem Volk dadurch das Leben zu ermöglichen, daß wir die Finanzen in Ordnung bringen. (Beifall b. d. Regierungsparteien.)

In der Debatte ist auch gefragt worden, ob nicht anstatt des allgemeinen 6prozentigen Gehaltsabzuges für die Beamten ein gestaffelter Gehaltsabzug erfolgen kann. Eine solche Staffelung würde aber den Gedanken der Reichsregierung beeinträchtigen, wonach es sich bei der Kürzung um 6 Prozent gar nicht um einen Gehaltsabbau handeln soll, sondern um eine Angleichung der Gehälter an die gesunkenen Preise. Preußen ist außerdem auf der Grundlage der Notverordnung des Reichspräsidenten nicht in der Lage, eine andere Regelung durchzuführen als es im Reiche der Fall ist.

Kampf gegen die Kunst!

Es ist nicht nur das Rad der Politik, das sich rückwärts schrauben will — die Reaktion auf der ganzen Linie wittert Morgenluft. Das alte Spiel beginnt von neuem: rings marschiert gegen die lebendige Kunst der Gegenwart der Rüschschittler-Haß an, der genährt ist von der Ahnungslosigkeit. Er bildet sich ein, im Namen der „gesunden Kraft des Volkes" zu sprechen, und weiß nicht, daß nur der Mangel an Verständnis für Entwicklung und neue Triebkräfte des Schaffens aus ihm redet. Ahnt vor allem nicht, daß er den hohen Zwecken, denen er zu dienen vorgibt, oder auch glaubt, geradezu zuwider handelt. Denn eben das, was er schützen möchte, greift dieser Haß an: die aus den tiefsten Wurzeln der Phantasieschöpfung unseres Volkes erwachsene Kunst.

Von Weimar war kürzlich schon in der „Vossischen Zeitung" die Rede. Was ist es, was dort den Bannstrahl des nationalsozialistischen Unterrichtsministers erfuhr? Es sind Bilder von Paul Klee, dem typisch deutschen Romantiker. Zeichnungen und Graphiken von Ernst Barlach; in dem niederdeutsche Herbheit und Versonnenheit wie kaum je in einem andern zu großem formenden Ausdruck gedieh. Arbeiten von Franz Marc, der den deutschen Wald und das Leben des Tieres in einer Art verstand, wie sie überhaupt in einem anderen Lande kaum erwachsen könnte. Es ist ein Frauenakt von Lehmbruck, in dem die deutsche Sehnsucht nach der Ergründung des Fernen, Unwägbaren in plastischen Gestaltungen sich durchzuringen suchte. Und so fort. Alle diese Künstler, die aus dem Weimarischen Schloßmuseum vertrieben wurden, haben teil an der eigenwilligen Entfaltung unserer nationalen Kunst während der letzten Jahrzehnte, verkünden der Welt etwas vom geheimnisvollen Wesen des deutschen Geistes. Aber sie werden getötet, weil sie nicht mit alten Mitteln, nicht mit den landläufigen Verständlichkeiten stofflicher Darstellung und den banalen Ausdrucksformen anrücken, die der heute als regierungsfähig sich anmeldenden Geistlosigkeit allein begreiflich erscheinen.

Ein ganz besonderer Stolz der deutschen Kunsttätigkeit von heute ist die großartige, von der Welt ringsum bewunderte Stellung unserer neuen Baukunst. Aber was geschieht nun? In den Organen der Partei, die das Deutschtum bei jedem Satz im Munde führt, wird gegen die „bolschewistische Architektur" gehetzt. Welch ein Unsinn! Eben erst haben wir den Wiener Architekten Adolf Loos gefeiert, der schon am Ende des vorigen Jahrhunderts Innenarchitekturen ersann, die die Errungenschaften von heute bereits vorwegnahmen, der 1910 sein berühmtes Haus am Wiener Michaelerplatz baute, diesen Vorläufer und Anreger aller nach ihm kommenden klaren, kubischen Bauten — das alles zu Zeiten, als man noch nicht einmal den Namen Bolschewismus kannte. Man fühlt auf der reaktionären Seite offenbar gar nicht, wie die strenge Logik unseres neuen Bauwesens, die reine Durchführung seiner Grundideen ganz eigentlich aus spezifisch deutschen Eigenschaften hervorgeht. Im Grunde bedarf es solcher Beweisführung gar nicht, denn jede starke künstlerische Leistung wächst ganz von selbst aus den Tiefen des Volkstums hervor. Man muß sie nur heranziehen, um die große Torheit dieser engstirnigen Angriffe zu enthüllen.

Ganz besonders ist den Gegnern heutiger Architektur das flache Dach ein Gegenstand des Aergernisses. Ihr Schamgefühl wird offenbar zumal hierdurch gröblich verletzt. Welche Wut wird dagegen ins Feld geführt! Als handle es sich um die Vertilgung einer frevelhaften Irrlehre. Will man sehr wirksam sein, so läßt man nebenbei die Bemerkung fallen, das flache Dach stamme aus dem Orient, etwa Palästina, und sei eben, nun ja, eine orientalische Erfindung. Aber in einem Buche „Die deutsche Kaiserstadt Berlin", das der Stadtrat Ernst Friedel 1882 herausgab, und das bewundernd von den neuen steilen Dächern mit Giebeln und Türmchen im deutschen Renaissancegeschmack spricht, wird verächtlich auf den „Geheimebaurathstil" herabgesehen, wie Friedel sich ausdrückt — nämlich auf die flache Bedachung der Häuser Schinkels und seiner Schule, die um der klaren Schönheit ihrer Gebilde, um der Geschlossenheit ihres Eindrucks willen, schon vor hundert Jahren zu diesem Mittel griffen!

Noch ein Fall. Im Mainz ist während der Befreiungsfeiern ein Denkmal enthüllt worden: eine sitzende Frauengestalt, die wie aus schwerem Druck und bösem Traum sich zu lösen scheint. Also fast ein Symbol des „erwachenden Deutschland". Ueber die Schenkel und den Schoß der Frau ist ein Tuch gebreitet, aber der Oberkörper ist hüllenlos. Dagegen wird nun Sturm gelaufen. Es ist die köstliche Aeußerung gefallen: keine Mainzerin, die auf Sitte und Anstand hält, würde sich so in der Oeffentlichkeit zeigen! . . . Gegen

Um Preußen

Der Hauptsturmbock, der für die Eroberung Preußens durch die Rechtsradikalen angesetzt werden soll, ist bekanntlich der Volksentscheid, bei dem Nationalsozialisten, die Stahlhelmführer und die Hugenberg-Gruppe irgendwie zusammengehen wollen, aber so, daß die verschiedenen Kontrahenten Vorsorge treffen wollen, daß ihnen der Löwenanteil an der Beute zufällt. Die Nationalsozialisten verlangen 100 Prozent, Hugenberg will nicht von Hitler gefressen werden und der Stahlhelm hat Besorgnis, daß man ihn nur dazu verwendet, die Kastanien für die anderen aus dem Feuer zu holen. Als Vierter im Bund stellt sich die Wirtschaftspartei ein, von der nur Eins sicher ist, daß sie höchstens als Mitläufer geduldet wird.

Der Kampf um das Fell des nicht erlegten Bären wird verschleiert durch einen Antrag, den der Dreibund — Nationalsozialisten-Deutschnationale-Wirtschaftspartei — im Preußischen Landtag eingebracht hat. Sie verlangen darin eine Erleichterung und Beschleunigung des Verfahrens bei Volksbegehren und Volksentscheid.

Dieser Antrag bedeutet die Aufforderung an die Regierungsmehrheit, den verantwortungslosen Versuch der Opposition zu unterstützen, das deutsche Volk in dem Augenblick schwerster Erschütterung seiner wirtschaftlichen Existenz aufs schwerste zu beunruhigen und alle Versuche einer Stabilisierung auf unbestimmte Zeit zu verzögern.

Das negative Ergebnis des Antrags steht fest. Was soll also der Vorstoß? Ist er vielleicht ein Rückzugsmanöver? Ist er ein Anzeichen, dafür, daß man doch innerlich davor zurückschreckt, das Experiment eines neuen Volksentscheids zu wagen, dessen Ergebnis trotz aller Großsprecherei den Verfechtern des Planes selbst höchst zweifelhaft erscheinen muß.

Amerikas geschlossene Tür

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 19. DEZEMBER

Im Senat wandten sich Staatssekretär Stimson und Arbeitsminister Doak gegen die Vorlage über eine zweijährige Einwanderungssperre, die kürzlich vom Einwanderungsausschuß angenommen worden ist. Stimson begründete seinen Einwand damit, daß die Verhängung der Sperre nicht die Einwanderung von Familienangehörigen einbezöge, die weiterhin unter der Vorzugsquote nach Amerika hereinkönnten. Grade aber unter der Vorzugsquote wanderten erfahrungsgemäß viel mehr Personen aus Süd- und Osteuropa ein als aus anderen Gebieten. Die vorgesehene Einwanderungssperre würde daher in der Praxis das Quotenverhältnis zu Ungunsten der nördlichen und westlichen Länder Europas verschieben. Deshalb schlug Stimson vor, statt einer generellen Sperre eine Quotenreduktion vorzunehmen, selbst wenn diese bis auf 10 v. H. der bisherigen Quote hinuntergesetzt werden müßte.

Unter der provisorischen Regelung, die zur Zeit in Kraft ist, erhielten im November nur 221 deutsche Einwanderer das Visum, also noch weniger als 10 v. H. der normalen Monatsquote Deutschlands, die 2596 Personen beträgt.

Sturm im Unterhaus

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 19. DEZEMBER

Gegen Schluß der gestrigen Unterhausdebatte über das Farbstoffschutzgesetz, als deren Ergebnis die englischen Farbstoffzölle bis 1932 verlängert werden, kam es zu stürmischen Szenen, weil verschiedene Arbeiterabgeordnete indirekt Angriffe auf Lord Melchett (Sir Alfred Mond) und dessen Sohn Henry Mond machten und die Direktoren der „Imperial Chemical Industries" der Korruption beschuldigten. Auch den 18 Liberalen, die am Mittwoch im Unterhaus für die Verlängerung der Farbstoffzölle gestimmt hatten, wurden niedrige Beweggründe für ihr Verhalten vorgeworfen.

Berlins Kredit-Verhandlungen

Zwei Inlandskonsortien als Geldgeber

Die Anleiheverhandlungen der Stadt Berlin stehen, wie berichtet, dicht vor dem Abschluß. Im Laufe des heutigen Nachmittags dürfte die endgültige Entscheidung fallen.

Nachdem sich die Besprechungen mit dem amerikanischen Bankenkonsortium zerschlagen haben, wurden die Verhandlungen lediglich im Inlande fortgesetzt. Das bekannte Berliner Konsortium unter Führung der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) und der DD-Bank hat sich bereit erklärt, die Hälfte der benötigten Gesamtsumme von 40 Millionen zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß über die restlichen 20 Millionen ebenfalls eine Verständigung erzielt wird. Zur Zeit ist ein zweites Konsortium in Bildung begriffen, in welchem die Deutsche Girozentrale, die in dem ersten Konsortium nur als Mitglied vertreten ist, eine ausschlaggebende Rolle spielen dürfte. Die Aussichten für das Zustandekommen des ganzen Kredits werden als durchaus günstig bezeichnet.

022